

Sitzung Nr. 7 vom 06. Juni 2023

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Remo Bill Angela Kummer Daniel Hafner Noemie Altermatt (Ersatz) Robert Gerber Andreas Dysli (Ersatz) Ivo von Büren Marc Willemin Nicole Arnold Fabian Affolter Richard Aschberger Matthias Meier-Moreno Tobias Neuhaus Patrick Crausaz
Entschuldigt	Alexander Kaufmann Alexander Kohli Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt
Anwesend von Amtes wegen	Mike Brotschi, Projektleiter Standortförderung Marcel Chatelain, Präsident Geschäftsprüfungskommission Reto Kämpfer, Leiter SDOL Thomas Herren, Leiter Informatik Aquil Briggen, Stadtbaumeister Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 19:45 Uhr
TRAKTANDEN	(2040 - 2050)
1	Protokoll der Sitzung Nr. 4 vom 4. April 2023

- 2 2040 Jurasonnenseite: Reporting 2022
- 3 2041 Audit Personalamt 2023: Kurzfassung - Fazit und Empfehlungen GPK
- 4 2042 SDOL: Pilotprojekt «Durchgehende Fallführung» im Rahmen des Integralen Integrationsmodells des Kantons Solothurn
- 5 2043 SDOL: Rücknahme von externen Mandaten im Bereich Kinds- und Erwachsenenschutz (KES), Empfang (Support)
- 6 2044 Interpellation Richard Aschberger (SVP): Fragen zu Informatikpanne und Digitalisierung Stadt Grenchen: Beantwortung
- 7 2045 Revision der Ortsplanung: Zusatzkredit
- 8 2046 Postulat Remo Bill (SP): Photovoltaikanlage auf den Dächern des Haldenschulhauses und des Eichholzschulhauses: Beschluss über Erheblicherklärung
- 9 2047 Interpellation Fraktion Die Mitte: Bessere Strom- und Wasserversorgung auf dem Marktplatz: Beantwortung
- 10 2048 Gemeindeordnung: Diverse Änderungen (Polizeiinspektorat, IKS, Aufsichtsanzeige, Disziplinarrecht etc.): 2. Lesung
- 11 2049 Regionalflugplatz Jura-Grenchen AG (RFP): Vertretung Stadt Grenchen: Wahl zweier Vertreter
- 12 2050 Mitteilungen und Verschiedenes

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 4 vom 4. April 2023 wird genehmigt.

- o -

Jurasonnenseite: Reporting 2022**1 Orientierung**

- 1.1 Christoph Siegrist, Präsident Verein Jurasonnenseite, und Adriana Palermo, Geschäftsführerin der Jurasonnenseite, stellen anhand einer Präsentation das Reporting 2022 und den Ausblick 2023 vor (s. Beilage) und geben ergänzende Erläuterungen.
- 1.2 Die Präsentation, so Stadtpräsident François Scheidegger, zeigt auf, wo man mit den Aktivitäten steht. Der neue Auftritt mit neuem Logo und neuer Webseite kommt frisch, klar und zeitgemäss daher. Er dankt den beiden für ihre Bemühungen und die Präsentation.
- 1.3 Gemeinderätin Angela Kummer gratuliert namens der SP-Fraktion zur Neupositionierung. Man ist einen riesigen Schritt weitergekommen, und dies mit sehr wenig Budget. Man ist bestens vernetzt, Lengnau und Bettlach sind gut einbezogen. Corporate Identity und Corporate Design wurden überarbeitet. Das ist viel Arbeit im Hintergrund. Noch hat der Schnee gefehlt. Letztes Jahr fanden grosse Events statt. Jetzt kann man aus dem Vollen schöpfen. Sie dankt und hofft, dass kreativ weitergemacht wird.
- 1.4 Die Mitte-Fraktion, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, schliesst sich dem Dank an. Es ist eine tolle Sache. Der neue Auftritt kommt positiv rüber. Er wünscht allen weiterhin viel Spass. Es sollen alle daran denken, bei ihren Posts immer den Hashtag #jurasonnenseite anzuhängen, um die Reichweite in den sozialen Medien zu steigern.
- 1.5 Gemeinderat Marc Willemin dankt den beiden herzlich für ihr geschätztes Engagement. Die SVP-Fraktion sieht die geleistete Arbeit und das Resultat, das dabei herauschaut.
- 1.6 Laut Gemeinderat Robert Gerber ist das Schiff «Jurasonnenseite» in Fahrt gekommen. Er dankt im Namen der FDP-Fraktion den beiden für die Präsentation und den ersten Rechenschaftsbericht. Es wurde schon einiges vollbracht. Zwischenzeitlich sieht man, dass einiges läuft. Es hat eine grössere Trägerschaft und es ist interessant zu sehen, wie sich das weiterentwickelt und mit welchem Tempo. Da dürfen andere ruhig neidisch sein. Die Stärken kommen zum Ausdruck. Er dankt für die aktive Arbeit.
- 1.7 Gemeinderat Patrick Crausaz spricht auch von Seiten glp seinen herzlichen Dank aus. Jurasonnenseite ist sehr engagiert. Das sehr professionelle Resultat lässt sich zeigen. Es ist eine coole Arbeit. Merci vielmals.
- 1.8 Vom Reporting 2022 und dem Ausblick 2023 wird Kenntnis genommen.

Beilage: Jurasonnenseite/06.06.2023: Reporting 2022, Ausblick 2023

SF
Jurasonnenseite

8.4.8 / acs

Audit Personalamt 2023: Kurzfassung - Fazit und Empfehlungen GPK

Vorlage: GPK/08.03.2023

- 1 Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1 Marcel Chatelain, Präsident Geschäftsprüfungskommission (GPK), fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.
 - 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger entschuldigt die Leiterin Personalamt, Esther Müller-Cernoch, welche infolge eines operativen Eingriffes heute abwesend ist. Er dankt für die Präsentation und die aufwendige Arbeit. Die Gemeinderatskommission hat die Vorlage mit der Vollversion des Berichts behandelt und Folgendes beschlossen (GRKB 3587/03.05.2023):
 - 4.1 *Vom Bericht der GPK zum Audit Personalamt 2023 wird Kenntnis genommen.*
 - 4.2 *Die Gemeinderatskommission nimmt Kenntnis, dass das Stadtpräsidium den Stand der Umsetzung der Massnahmen regelmässig überprüft.*
 - 4.3 *Das Personalamt berichtet der Gemeinderatskommission bis Ende August 2023 über das weitere Vorgehen und die Umsetzung bezüglich «20-Punkte-Plan».*
- 2 Eintreten
 - 2.1 Laut Gemeinderat Matthias Meier-Moreno stellt die Mitte Fraktion mit Erstaunen fest, dass trotz des knapp bemessenen Stellenetats im Personalamt, laut GPK, ordnungsgemäss, zweckmässig und effizient gearbeitet wird. Dafür verdient das Personalamt ihren Respekt. Wenn man aber das Personalamt fit für die Zukunft machen will und diese zukunftsweisende Personalpolitik mit «Positionierung als attraktiven Arbeitgeber», «Mitarbeiterbindung», «Mitarbeiterentwicklung» oder die «Verbesserung der Kommunikation» in Angriff nehmen soll, muss man investieren, und zwar in Personalressourcen und dies ziemlich schnell. Einen «Status Quo» kann man sich auf längere Sicht nicht mehr leisten. Selbstverständlich weiss die Mitte, dass die GPK dem Gemeinderat nur Empfehlungen abgeben kann und kein Weisungsrecht besitzt. Trotz allem möchte die Mitte-Fraktion wissen, wie es nun weitergeht. Was nimmt das Personalamt sowie der Stadtpräsident aus dem ausführlichen GPK-Bericht? Was wird als nächstens in Angriff genommen und welche Strategie verfolgt der Stadtpräsident respektive wo möchte er den Hebel zuerst ansetzen? Die Mitte dankt der GPK für die geleistete Arbeit, den ausführlichen Bericht und nimmt diesen mit all seinen Hinweisen zur Kenntnis.

- 2.2 Laut Gemeinderat Daniel Hafner hat die SP-Fraktion vom Bericht Kenntnis genommen und festgestellt, wie wichtig die GPK für Grenchen ist. Es ist ein kompetenter HR-Bericht. Das Herz der Stadt wurde auditiert, entsprechend hat es Priorität. Die Kompetenz ist im Personalamt vorhanden, aber es fehlen die Ressourcen. Im Bericht steht unter Punkt B. *«Personalbeschaffung - Gewinnung von Mitarbeitenden - Kompetenz und Verantwortung bei Anstellung»*, dass der Prozess der Mitarbeitergewinnung als nicht zweckmässig erscheint. Unter Punkt D. *«Personalentwicklung - Mitarbeiterentwicklung – Arbeitskultur»* ist zu lesen, dass die nur rudimentär ausgebildete und gelebte Mitarbeiterentwicklung als wesentlichen Mangel städtischer Personalpolitik erachtet wird und die Effektivität nicht gegeben ist. Man spielt mit dem Kapital der Stadt. Es ist wichtig, hier einen Schritt weiterzugehen. Der Bericht ist kritisch und objektiv, was von der SP begrüsst wird. Sie dankt der GPK für die wertvollen Dienste. Für die SP ist ebenfalls nicht klar, wie verbindlich die Folgerungen sind. Was macht der Stadtpräsident? Was macht das Personalamt? Wie erfolgt die Kontrolle und in welcher Form? Es wird festgestellt, dass man im Personalamt mit den Ressourcen am Limit ist, und es wird empfohlen, den Stellenetat angemessen aufzustocken. Wenn in den nächsten Monaten nichts unternommen wird, behält sich die SP vor, auf politischem Weg der Forderung der GPK Nachdruck zu verleihen.
- 2.3 Gemeinderat Andreas Dysli dankt namens der FDP-Fraktion der GPK für ihre Arbeit. Es ist viel gegangen. Es ist ein guter Bericht. Man sieht, dass das Personalamt grundsätzlich mit wenig Personal gut funktioniert und auf gutem Weg ist. Der 20-Punkte-Plan ist eine grosse Herausforderung. Bei 10 Punkten ist eine Umsetzung sicher machbar. Beim Personal gibt es Bedarf bei der Nachwuchsförderung. Es ist wichtig, dass bei der Lehrlingsausbildung das Gewicht darauf gelegt wird, wie man jungen Leuten schmackhaft machen kann, eine Lehre bei der Stadt zu absolvieren. Denn diese können flexibel eingesetzt werden, auch für Personalprozesse. In der Empfehlung 13 steht: *«Es ist eine Software zu evaluieren, welche es ermöglicht, alle Personalprozesse digital zu erfassen zu verarbeiten und auszuwerten.»* Hierzu kann der neu etablierte Informatikbeirat beigezogen werden und bei der Entwicklung und Beschaffung der Software zum Einsatz kommen. Die FDP nimmt den Bericht zur Kenntnis und erwartet in nützlicher Frist eine neue Standortbestimmung und Fortschritte.
- 2.4 Wie Gemeinderat Ivo von Büren ausführt, hat die SVP-Fraktion den sehr ausführlichen Bericht durchgelesen und zur Kenntnis genommen. Der GPK-Bericht listet Fakten auf. Man muss diesen Fakten nachgehen und den Stellenetat des Personalamts in nächster Zeit aufstocken. Die Mitarbeitenden sind überlastet, in der Vergangenheit gab es ein paar unschöne Fälle, die zeitintensiv waren. Die Dossiers müssen alle bewirtschaftet werden. Mit all den neuen Gesetzen wird es in Zukunft nicht einfacher. Die SVP dankt Marcel Chatelain für den Bericht und dafür, dass man die Punkte im Bericht abarbeitet.
- 2.5 Gemeinderat Patrick Crausaz erklärt, dass die glp ebenfalls für den Bericht dankt, der sehr fundiert und effizient daherkommt. Er war schockiert, unter Punkt A. *«Grundlagen Personalpolitik - Gesetzliche Grundlagen»* zu lesen: *«Die Zielkonformität städtischer Personalpolitik lässt sich nicht überprüfen, weil von den Behörden keine Ziele formuliert sind.»* Hat Gemeinderat etwas verpasst? Warum sind keine Ziele definiert? Auch die Kontrolle der 20 Punkte ist nicht drin. Bei 7 Punkten wurden Stellungnahmen des Stadtpräsidenten und der Leiterin Personalamt ergänzt, bei 13 Punkten gibt es keine Anmerkungen. Was bedeutet das? Nimmt man es nur Kenntnis oder wird es umgesetzt? Die glp nimmt den Bericht zur Kenntnis und dankt für die Arbeit.

- 2.6 Laut François Scheidegger kann nicht alles erfüllt und umgesetzt werden. Man ist auch nicht mit allem einverstanden. Es sind Empfehlungen der GPK. Es ist auch abhängig, was die Politik dazu sagt, da es auch mit Kosten verbunden ist. Jetzt geht es um eine Kenntnisnahme. Man will hören, was der Gemeinderat zum Ganzen sagt. Im August 2023 soll das Personalamt mit einer Vorlage in die Gemeinderatskommission kommen, dann kann man die weiteren Schritte anschauen. Gewisse Massnahmen wurden bereits ergriffen. Die ganze Lohnverarbeitung ging vom Personalamt in die Finanzverwaltung über. Das ist eine grosse Entlastung. Man muss die Prozesse anschauen. Bei gewissen Punkten hat es keine Stellungnahme, weil es keine Differenzen gibt. Es kann auch heissen, dass man um die Punkte weiss, sie aber mangels Personalressourcen nicht bewerkstelligen kann. Man nimmt gerne zur Kenntnis, dass der Gemeinderat mit zusätzlichen Personalressourcen einverstanden wäre. Es braucht nicht 100 Prozent, eventuell reichen 50 Prozent, da im Zusammenhang mit der Reorganisation auch Ressourcen frei geworden sind. Ein Problem ist, dass es ein Mini-Amt mit nur zwei Personen ist. Wenn jemand ausfällt, hat man ein Problem und eine Stellvertretung ist nicht mehr möglich, sondern nur noch eine Platzhalterschaft, damit die Prozesse gewährleistet bleiben. Man muss gut überlegen, wie man das machen will.
- Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Matthias Meier-Moreno bezieht sich auf die Empfehlung 4, wonach die Leiterin Personalamt nur noch bei Vorstellungsgesprächen dabei ist, wo es um die Besetzung von Abteilungs- und Bereichsleitenden geht. Dazu ist in der Stellungnahme des Stadtpräsidenten und der Leiterin Personalamt zu lesen, dass diese der Empfehlung der GPK skeptisch gegenüberstehen. Vor allem die Leiterin des Personalamtes erachtet es als zwingend, dass eine Vertreterin des Personalamtes bei den Vorstellungsgesprächen dabei ist.
- 3.1.1 Für Marcel Chatelain kommt es darauf an, auf welcher Ebene rekrutiert wird. Bei nichtleitenden Funktionen, z.B. einem Mitarbeiter der Kehrriechtabfuhr, kann der Stadtbaumeister und der Leiter Werkhof das selbst aushandeln. Da braucht es keine Person des Personalamtes. Sie kann bei der Vorbereitung dabei sein, muss aber nicht zwingend bei der Sitzung dabei sein.
- 3.1.2 Laut François Scheidegger hat man eine Personalordnung, die es einzuhalten gilt. Vielen Chefs fehlt das nötige Wissen. Es ist sehr viel reguliert, man darf keine Fehler machen. Man hat Erfahrungen mit Vorgesetzten in den Schulen gemacht, die Anstellungen ohne Personalamt gemacht haben. Das ist nicht gut herausgekommen. Man muss es anschauen. Es ist sicher nicht notwendig, dass die Leiterin Personalamt in personam von Anfang bis Schluss dabei ist. Er würde davor warnen, dass das Personalamt gar nicht mehr dabei wäre.
- 3.1.3 Matthias Meier-Moreno meint, dass man es genau anschauen muss. Einerseits will man die Leute entlasten, andererseits ein guter Arbeitgeber sein. Es muss Zeit investiert werden, damit man gute Leute nach Grenchen bringen kann. Man muss einen Mittelweg finden und den Prozess effizienter gestalten. Hier ist noch Potential vorhanden.

- 3.1.4 Daniel Hafner warnt davor, das Personalamt nicht mehr dabei zu haben. Für ihn ist nicht denkbar, dass Abteilungsleitende Stellenauswahlverfahren ohne Begleitung der Leiterin Personalamt durchführen. Sie hat die soziale Kompetenz und ist für personalrechtliche Fragen zuständig. Abteilungsleitende verfügen nicht über all dieses Wissen.
- 3.1.5 François Scheidegger denkt, dass man alle Prozesse anschauen und sich überlegen muss, ob man es abkürzen kann. Gerade beim Lohn ist massgebend, was von der Leiterin Personalamt vorgeschlagen wird. Wenn ein Abteilungsleitender Versprechungen abgibt, die nicht eingehalten werden können, gibt es nachher Probleme. Es gibt wenig Spielraum, man ist in festen Schienen drin. Es muss in irgendeiner Form jemand vom Personalamt dabei sein.
- 3.2 Daniel Hafner bezieht sich auf die Empfehlung 7, wonach über eine externe Fachstelle eine anonymisierte Umfrage zur Mitarbeiterzufriedenheit durchzuführen ist. Stimmt es, dass keine regelmässige Befragung durchgeführt wird?
- 3.2.1 Laut François Scheidegger muss man anschauen, wie man es macht und was die Erwartungen sind. Die Mitarbeitendenbefragung im 2014 war keine gute Übungsanlage. Man muss es sich gut überlegen. Man weckt Erwartungen, die man nicht erfüllen kann. Heute ist Standard, dass man alle 2 bis 3 Jahre Befragungen durchführt.
- 3.2.2 Wie die Sache umgesetzt wird, so Daniel Hafner, liegt am Auftraggeber. In der heutigen Zeit sind die Arbeitnehmer im Vorteil. Fragen zur Mitarbeiterzufriedenheit sind daher ein wichtiger Punkt. Es sollte aber keine Alibiübung sein. Man kann eine Firma beauftragen, welche die Umfrage durchführt, die Auswertung vornimmt und die Massnahmen plant.

Es ergeht einstimmig folgender

- 4 Beschluss
- 4.1 Von der Kurzfassung mit Fazit und Empfehlungen ("20-Punkte-Plan") der GPK zum Audit Personalamt 2023 wird Kenntnis genommen.
- 4.2 Der Gemeinderat nimmt Kenntnis, dass das Stadtpräsidium den Stand der Umsetzung der Massnahmen regelmässig überprüft.

Vollzug: KZL

Präsident GPK
Sekretariat GPK

0.1.8 / acs

SDOL: Pilotprojekt «Durchgehende Fallführung» im Rahmen des Integralen Integrationsmodells des Kantons Solothurn

Vorlage: SDOL/24.05.2023

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Reto Kämpfer, Leiter Soziale Dienste Oberer Leberberg, fasst die Vorlage zusammen.
- 1.2 Gemeinderat Richard Aschberger, Präsident Sozialkommission Oberer Leberberg und Integrationskommission, und Stadtschreiberin Luzia Meister, Integrationsbeauftragte, geben ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemäss Gemeinderat Matthias Meier-Moreno darf man ein wenig stolz darauf sein, dass SDOL vom Kanton als Pilotprojekt ausgewählt wurde. Dies ist darauf zurückzuführen, dass man vorausschauend gehandelt und das Netzwerk mit der SDOL am gleichen Ort zusammengeführt hat. Zugleich deutete dies auch auf eine kompetente, innovative und zukunftsgerichtete Führung hin, welche man mit Reto Kämpfer seit ein paar Jahren hat. Die durchgehende Fallführung fängt bei dem bereits gut funktionierenden und erprobten Intake an, geht weiter zur Durchlässigkeit des Systems mit seinen gut austarierten Segmenten, welche auf das jeweilige Klientel und dessen Ressourcen sowie Bedürfnisse angewendet werden kann. Dabei wird der Einzelfall ins Zentrum gerückt und mittel- bis langfristig eine Verbesserung der Situation erwirkt, immer mit dem Ziel, das Sinnvollste und Beste für den Klienten herauszuholen. Einem jungen Menschen, der in die Sozialhilfe fällt, kann umgehend z.B. ein Testarbeitsplatz angeboten werden und er droht nicht, auf die lange Abklärungsbank abgeschoben zu werden und aus seiner Tagesstruktur zu fallen. Dazu kommt eine echte Nachsorge, welche mithilft, das Projekt auch erfolgreich zu dokumentieren und das drohende Wieder-Abrutschen frühzeitig zu erkennen und Gegenmassnahmen zu ergreifen. Selbstverständlich muss hier zuerst investiert werden, sei dies finanziell wie auch personell. Auf lange Frist gesehen, sollte dieses System helfen, Kosten einsparen und betroffene Menschen wieder zu stabilisieren. Da das Pilotprojekt vollkommen vom Kanton finanziert wird, trägt die Grenchen kein Risiko. Wichtig ist jedoch dabei zu beachten, was in der Vorlage unter Punkt 2.4 geschrieben steht: *«Es ist klares Ziel der Stadt Grenchen, dass der Kanton die Kosten für diese Anstrengungen trägt auch nach Beendigung des Pilotprojekts. Solche Kosten wären für Grenchen, mit seinem weit überdurchschnittlichen Anteil von Zugezogenen dieser Segmente nicht tragbar.»*

Da gilt es, bereits während der Pilotphase mit dem Kanton sprich AGS in Verhandlung zu treten. Ein erfolgreicher Abschluss führt dazu, dass die durchgehende Fallführung flächendeckend im ganzen Kanton eingeführt werden muss.

Dabei werden sich die anderen Sozialregionen bewegen und endlich auch anfangen müssen, effizienter zu arbeiten. Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten und wird den Anträgen zustimmen.

- 2.2 Laut Gemeinderat Daniel Hafner hat Reto Kämpfer das Projekt in der Fraktion vorgestellt. Seine Präsentation und Ausführungen überzeugen die SP. Das Pilotprojekt bedeutet eine umfassende, gut strukturierte Standardisierung im Integrationsprozess von MigrantInnen und auch von allen anderen Menschen, die einen Integrationsbedarf haben. Die SP begrüsst, dass das Einfordern von Commitments der Betroffenen ein wichtiger Bestandteil ist, und zwar in Form von Zielvereinbarungen. Der SP ist noch nicht ganz klar, was SDOL für Möglichkeiten haben, falls Zielvereinbarungen nicht eingehalten werden. Was könnten mögliche Massnahmen sein? Die SP-Fraktion beurteilt das Projekt als Investment in die Integration und von jedem Invest erwartet man einen Return. Der Invest sind die Human Resources. Man weiss, dass es überall Personalknappheit hat. Wenn man es schafft, die Leute, die in die Schweiz kommen, in das hiesige System zu integrieren, gewinnt man Mitarbeitende in allen Dienstleistungs- und industriellen Bereichen. Damit vermeidet man Folgekosten, denn Leute, die nicht integrierbar sind, verursachen hohe personelle und finanzielle Aufwände. Die SP gratuliert zur Gewinnung des Pilotprojekts und wünscht viel Erfolg.
- 2.3 Laut Gemeinderat Robert Gerber geht aus der umfassenden Vorlage hervor, dass sich den Sozialen Diensten Oberer Leberberg die Gelegenheit bietet, an diesem Pilotprojekt zu partizipieren. Pilotprojekte sind in aller Regel Vorläufer von definitiv einzuführenden Regelungen bzw. Lösungen einer Aufgabe. Er spricht absichtlich nicht von Problemen, sondern von Lösungen. Denn Probleme entstehen meist nur dort, wo Aufgaben nicht zeitgerecht gelöst werden. Das Zauberwort im Rahmen des doch nicht unwesentlichen Ausmasses beim Zuzug von Personen aus dem Ausland heisst Integration. Er verzichtet hier darauf aufzuzählen, welche Problematiken mit rechtzeitigen und erfolgreichen Integrationsmassnahmen umgangen werden können. Die FDP-Fraktion geht davon aus, dass sich die zuständigen Stellen – sie spricht da von der Sozialhilfekommission Oberer Leberberg und den Sozialen Diensten Oberer Leberberg – es sich nicht einfach gemacht haben und Vorteile und - sofern es solche gäbe - Nachteile sorgfältig gegeneinander abgewogen haben, bevor sie sich zum Mitmachen bei diesem Projekt entschlossen haben. Im Grunde genommen, ist es auch eher eine operative Angelegenheit, die hier zu bewältigen ist. Dass Grenchen in Sachen Zuzügen von ausländischen Personen und Integration Aufgaben zu erledigen hat und nicht nach dem Prinzip Hoffnung vorgehen oder eben warten kann, zeigt nur schon ein kurzer Blick in die Einwohnerstatistik des Monats Mai 2023. Es zogen insgesamt 70 ausländische Personen neu in Grenchen zu. Schweizerinnen und Schweizer kamen auch. Aber nur gerade 26. All das sind Gründe, die Augen vor der Wirklichkeit nicht zu verschliessen und die Aufgaben zeitverzugslos an die Hand zu nehmen. Die Teilnahme an diesem Pilotprojekt hat auch noch den Vorteil, dass die anfallenden Kosten praktisch ausschliesslich vom Kanton übernommen werden. Eine Aufgabe bleibt in der Übergangsfrist noch zu erledigen. Es muss sichergestellt werden können, dass die Gemeinden mit einem hohen «Integrationsbedarf» bei der Finanzierung nach der Pilotphase nicht im Stich gelassen werden. Also Kantonspolitiker, in die Hosen!

Die FDP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und wird ihr zustimmen. Sie findet es auch wichtig, dass das Ganze evaluiert wird und der Gemeinderat rechtzeitig über das weitere Vorgehen ins Bild gesetzt resp. eine entsprechende Vorlage zum Beschluss vorgelegt wird.

- 2.4 Gemeinderat Patrick Crausaz dankt für die Ausführungen zur Vorlage. Die glp sieht das Pilotprojekt als Chance an. Die Finanzierung ist gewährleistet. Es gibt keine Gründe, dem nicht zuzustimmen.
- 2.5 Laut Gemeinderat Fabian Affolter war Reto Kämpfer auch in der SVP-Fraktion und hat sehr gut erläutert, worum es bei diesem Pilotprojekt geht und wie wichtig es für die Sozialregion Oberer Leberberg ist. Auch die SVP sieht es als Chance für Grenchen und die Zukunft an. In diesem Zusammenhang stellen sich für die SVP folgende Fragen: Was passiert, wenn Leute die vereinbarten Zielsetzungen nicht einhalten? Inwiefern hat dies Konsequenzen und wie werden diese gezogen? Für die SVP wäre interessant, wenn man gestützt auf die Ergebnisse aufzeigen könnte, was es bringt. Sie wird die Anträge genehmigen. Sie möchte aber, dass zuhanden Protokoll festgehalten wird, dass die Stellenprozente wieder gesenkt werden, sollte das Pilotprojekt scheitern bzw. nicht weitergeführt werden.
- 2.6 In der Sozialhilfe, so Reto Kämpfer, läuft es ähnlich wie im Personalwesen. Solange jemand kooperiert, versucht man, mit Zielvereinbarungen zu arbeiten. Bei Nichteinhaltung kann sanktioniert werden. Es gibt Auflagen, Weisungen, rechtliches Gehör, Sanktionen (Kürzungen). Es ist das Amt für Gesellschaft und Soziales, das sanktioniert. Jede Sanktion ist individuell in Bezug auf die Verhältnismässigkeit zu prüfen. Kürzungen von 20 % oder mehr sind in jedem Fall auf höchstens sechs Monate zu befristen und dann zu überprüfen und allenfalls anzupassen, je nachdem wie das Vergehen ist. Ein wesentliches Arbeitsinstrument zur Abklärung von Mitwirkungswillen und Arbeitsfähigkeit ist die Zuweisung in ein Beschäftigungsprogramm (Testarbeitsplätze). Auch hier kann bei einer Nichtteilnahme sanktioniert werden.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Anträge und Beschlussesentwurf
- 3.1.1 Der Gemeinderat, so Reto Kämpfer, genehmigt mit Ziff. 4.1 die Teilnahme am zweijährigen Pilotprojekt. In Ziff. 4.2 ist klar festgehalten, dass die 270 Stellenprozente nicht zum ordentlichen Stellenplan von SDOL gehören. Sollte der Pilotbetrieb nicht in den Regelbetrieb umgewandelt werden, werden diese wieder aufgehoben.
- 3.1.2 Laut Patrick Crausaz steht in der Vorlage, dass der zweijährige Pilotbetrieb nach 18 Monaten ausgewertet wird. Die Formulierung in Ziff. 4.14 bedeutet demnach, dass dem Gemeinderat in ca. 20 Monaten Bericht erstattet wird. Wäre es nicht sinnvoll, der Behörde nach 8 oder 9 Monaten einen Zwischenbericht zu unterbreiten?
- 3.1.2.1 Reto Kämpfer erklärt, dass der Pilot laufend aufgewertet wird, spätestens nach einem Jahr sieht man, wie die Weiche ist. Sobald etwas vorliegt - das müsste von der Projektgruppe kommen - könnte es durchaus Sinn machen, es im Gemeinderat vorzustellen. Man hat es bei anderen Projekten gesehen, solche Projekte brauchen immer eine gewisse Anlaufzeit, bis es überhaupt ins Laufen kommen.
- 3.1.2.2 Gemäss François Scheidegger nimmt man das Anliegen mit und ist bestrebt, den Gemeinderat zu orientieren, wenn es Sinn macht.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Teilnahme am zweijährigen Pilotprojekt wird genehmigt.
- 4.2 Die Schaffung von insgesamt 270 Stellenprozenten für den Pilotbetrieb ausserhalb des ordentlichen Stellenplans per 01.10.2023 wird genehmigt.
- 4.3 Zu Lasten ER 2023, Konto 5726.3010.06 «Löhne Sozialdienst und Kindes- und Erwachsenenschutz» wird ein Nachtragskredit von CHF 71'000.00 zuzüglich Sozialleistungen genehmigt.
- 4.4 Zu Lasten Budget 2024, Konto 5726.3010.06 «Löhne Sozialdienst und Kindes- und Erwachsenenschutz» werden CHF 281'000.00 zuzüglich Sozialleistungen aufgenommen.
- 4.5 Zu Lasten ER 2023, Konto 5726.3110.00 «Anschaffungen Büromobiliar» wird ein Nachtragskredit von CHF 11'500.00 genehmigt.
- 4.6 Zu Lasten ER 2023, Konto 5726.3113.00 «Anschaffungen Hardware» wird ein Nachtragskredit von CHF 7'500.00 genehmigt.
- 4.7 Zu Lasten ER 2023, Konto 5726.3118.00 «Anschaffungen Software» wird ein Nachtragskredit von CHF 15'000.00 genehmigt.
- 4.8 Zu Lasten ER 2023, Konto 5726.3130.20 «Telefonie» wird ein Nachtragskredit von CHF 900.00 genehmigt.
- 4.9 Zu Lasten Budget 2024, Konto 5726.3130.20 «Telefonie» werden CHF 900.00 aufgenommen.
- 4.10 Zu Lasten ER 2023, Konto 5726.3133.00 «Informatik Nutzungsaufwand» wird ein Nachtragskredit von CHF 750.00 genehmigt.
- 4.11 Zu Lasten Budget 2024, Konto 5726.3133.00 «Informatik Nutzungsaufwand» werden CHF 750.00 aufgenommen.
- 4.12 Zu Lasten ER 2023, Konto 5726.3158.00 «Unterhalt Software» wird ein Nachtragskredit von CHF 3'000.00 genehmigt.
- 4.13 Zu Lasten Budget 2024, Konto 5723.3158.00 «Unterhalt Software» werden CHF 3'000.00 aufgenommen.
- 4.14 Die SDOL berichten dem Gemeinderat frühzeitig über die Ergebnisse der offiziellen Evaluation sowie über ihre eigene Beurteilung der Entwicklung, Wirkung und Kosten des Pilotprojekts für Grenchen, verbunden mit dem Antrag über das weitere Vorgehen

Vollzug: KZL

SDOL
FV
Informatik
PA

5.8.8 / acs

SDOL: Rücknahme von externen Mandaten im Bereich Kinds- und Erwachsenenschutz (KES), Empfang (Support)

Vorlage: SDOL/24.05.2023

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Reto Kämpfer, Leiter SDOL, fasst die Vorlage anhand einer Folie zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Wer sich mit der KESB, Beistandschaften und den Fallzahlen näher auseinandersetzt, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, kommt früher oder später zum Schluss, dass die Falllast pro Mitarbeiter viel zu hoch ist. Dies betrifft nicht nur SDOL, sondern alle Sozialregionen. Wer die hiesigen Zahlen mit den KOKES Zahlen vergleicht, der kommt zum gleichen Schluss. Die Fallzahlen pro Mitarbeiter sind zu hoch, auch wenn die KOKES Zahlen nur ein Richtwert sind. Da früher wie auch in Zukunft nicht mit rückläufigen Zahlen gerechnet werden kann, wurde bisher als Überlaufbecken externe professionelle Mandatsführung eingesetzt. Dies erwies sich als grosse Unterstützung und funktionierte sehr gut, leider kann jedoch die professionelle Mandatsführung nicht in den Lastenausgleich eingespeist werden. Dies bedeutet im Moment, dass 48 Mandate selbst berappt werden müssen, was für ihn absolut unverständlich ist. Wie es das Wort bereits sagt, werden die Fälle von professionellen Beiständen geführt, was eine hohe Qualität und Effizienz mit sich bringt und diese werden vom Kanton nicht bezahlt, irgendwie schizophran! Ein Punkt in der Vorlage könnte zum Killerkriterium werden, es ist dies der Rahmenstellenplan, welcher um 270 Stellenprozent übertroffen wird. Jedoch appelliert er an die Vernunft seiner Gemeinderatskollegen/innen, diesem Anliegen stattzugeben. Die gezeigten Zahlen zeigen klar auf, dass es unter dem Strich nicht teurer wird. Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten und wird den Anträgen zustimmen.
- 2.2 Wie Gemeinderat Robert Gerber ausführt, ist die Entwicklung der Zahlen und Kosten im Bereich Kinds- und Erwachsenenschutz beeindruckend, wenn nicht beängstigend. Der Einfluss der städtischen Exekutive auf diese Entwicklung ist null oder weniger als null. Es ist nicht das erste Mal, dass sich der Gemeinderat mit der Problematik KES zu befassen hat und es ist nicht das erste Mal, dass man ins Staunen kommt ob der ständig steigenden Belastung. Belastung einerseits wegen der steigenden Fallzahlen - die wichtigsten Gründe sind auf Seite 2 der Vorlage oben aufgeführt - andererseits wegen der ständig zunehmenden und teils ausufernden administrativen Hürden.

Die in der Vorlage aufgeführten Gründe, die für eine Rücknahme der ausgelagerten Mandate sprechen, leuchten ein. Wenn sich in Kombination mit anderen, internen organisatorischen Massnahmen Vereinfachungen und Einsparungen erzielen lassen, ist es sogar notwendig, dass diese Massnahmen umgesetzt werden. Es ist, wie bei der vorherigen Vorlage, im Grunde genommen eine eher operative Angelegenheit und keine strategische. Deshalb ist ein «Dreinfunken» seitens der Exekutive unter Umständen eher schädlich. Das heisst aber nicht, dass die zu treffenden Massnahmen nicht genau überlegt werden müssen und, sollte es sich zeigen, dass weitere Korrekturen notwendig sind, diese nicht zu ergreifen wären. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und wird ihr zustimmen.

- 2.3 Gemeinderat Patrick Crausaz dankt dem Leiter SDOL für seine Ausführungen. Die glp sieht die Vorteile der vorgeschlagenen Lösung, ist für Eintreten und wird den Anträgen gemäss Vorlage zustimmen. Er wird sich bei der Detailberatung noch mit einer Frage melden.
- 2.4 Gemeinderat Daniel Hafner erklärt namens der SP-Fraktion, dass der monierte Lastenausgleich der Stadt Grenchen zusteht und sie dafür nicht den Bückling machen muss. Auch die Vorlage geht in diese Richtung. SDOL leisten hervorragende Arbeit und sind ein Kompetenzzentrum, von dem der ganze Kanton profitiert, auch Lohn und Feldbrunnen. Die 220 Stellenprozente für KES plus die 50 Stellenprozente für den Support können durch Wegfall der Kosten für externe Mandate und dem aus diesen resultierenden Malus finanziert werden und sind somit kostenneutral. Die SP weist auf Wichtigkeit von SDOL hin. Immer mehr Menschen können mit dem Tempo in der Wirtschaft nicht mithalten und fallen ausserhalb des Rasters. Auch die Anzahl an Leuten aus Regionen mit Bildungsferne wird zunehmen. SDOL müssen eine ganze Reihe Herausforderungen managen. Der soziale Friede ist nicht sakrosankt. Wenn der Konsens verschwindet, gibt es andere Länder, die zeigen, was die Konsequenzen sind, wenn sich die Leute aus der Gesellschaft «verabschieden» und (Wahl) Proteste, soziale Spannungen und die Kriminalität zunehmen. Für die SP-Fraktion ist der Fall klar. Sie stimmt der Vorlage zu.
- 2.5 Gemeinderat Fabian Affolter dankt namens der SVP-Fraktion für die Ausführungen. Man sieht schwarz auf weiss, was unter dem Strich herauskommt. Aus diesem Grund kann sie der Vorlage unterstützen. Man muss schauen, wo noch Sachen optimiert werden können, so dass man Geld sparen kann. Das ist sicher im Interesse der Stadt. Die SVP stimmt den Anträgen zu.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1.1 Patrick Crausaz erkundigt sich betreffend Ziff. 1.3 der Vorlage warum gemäss Verfügung des AGS insgesamt 48 Mandate vom Lastenausgleich ausgeschlossen wurden.
- 3.1.1.1 Gemäss Reto Kämpfer werden die Kosten der Sozialregionen für die Besoldung und Weiterbildung, einschliesslich der Besoldungsanteile leitender Mitarbeitenden, Praktikanten und Praktikantinnen, Overhead- und Infrastrukturkosten mit Pauschalbeträgen je anerkanntes Dossier in den Lastenausgleich einbezogen. Pro anerkanntes Dossier kann eine Pauschalabgeltung von 1'500 Franken pro Jahr in den Lastenausgleich eingegeben werden. Als anerkannte Dossiers gelten
- alle Sozialhilfedossiers (inkl. Asyl), welche im jeweiligen Jahr mit Unterstützungsleistungen bebucht wurden.

- alle Beistandschaften und Vormundschaften, welche für eine Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde des Kantons Solothurn geführt werden, unabhängig davon, ob diese von einer Amts- oder Privatperson geführt werden (Stichtag 31. Dezember).
 - Dossiers, welche von professionellen Dritten geführt werden, werden in der Berechnung nicht berücksichtigt.
- 3.1.1.2 Stadtpräsident François Scheidegger bekundet Mühe damit und sieht keine sachliche Begründung, weshalb Dossiers, die von professionellen Dritten im Auftrag der Sozialregionen geführt werden, abgezogen werden.
- 3.2 Anträge und Beschlussesentwurf
- 3.2.1 François Scheidegger schlägt vor, analog der Vorlage 2014 die Genehmigung des Rahmenstellenplans als Ziff. 4.1 an die erste Stelle des Beschlusses zu setzen (Ziff. 4.9 gemäss Vorlage).

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Erhöhung des Rahmenstellenplans von bisher 3'145 Stellenprozent auf neu 3'415 Stellenprozent (+270 %) wird genehmigt.
- 4.2 Die Rücknahme der externen Mandate und die Schaffung von insgesamt 220 Stellenprozent im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz per 01.08.2023 werden genehmigt.
- 4.3 Zu Lasten ER 2023, Konto 5726.3010.06 «Löhne Sozialdienst und Kindes- und Erwachsenenschutz» wird ein Nachtragskredit von CHF 95'500.00 zuzüglich Sozialleistungen genehmigt.
- 4.4 Zu Lasten Budget 2024, Konto 5726.3010.06 «Löhne Sozialdienst und Kindes- und Erwachsenenschutz» wird ein Betrag von CHF 229'000.00 zuzüglich Sozialleistungen aufgenommen.
- 4.5 Der budgetierte Betrag der ER 2023, Konto 5726.3130.31 «Entschädigung privater Amtsvormünder» wird nicht vollumfänglich beansprucht.
- 4.6 Der budgetierte Betrag der ER 2023, Konto 5726.3010.08 «Entschädigung von Mandatsträgern und Pflegeeltern» wird nicht vollumfänglich beansprucht.
- 4.7 Die Rücknahme der 50 % Stelle für den Empfang per 01.07.2023 wird genehmigt.
- 4.8 Zu Lasten ER 2023, Konto 5726.3010.00 «Löhne Support» wird ein Nachtragskredit von CHF 17'900.00 zuzüglich Sozialleistungen genehmigt.
- 4.9 Zu Lasten Budget 2024, Konto 5726.3010.00 «Löhne Support» wird ein Betrag von CHF 35'800.00 zuzüglich Sozialleistungen aufgenommen.
- 4.10 Zu Lasten ER 2023, Konto 5726.3110.00 «Anschaffungen Büromobiliar» wird ein Nachtragskredit von CHF 7'400.00 genehmigt.
- 4.11 Zu Lasten ER 2023, Konto 5726.3113.00 «Anschaffungen Hardware» wird ein Nachtragskredit von CHF 5'000.00 genehmigt.
- 4.12 Zu Lasten ER 2023, Konto 5726.3118.00 «Anschaffungen Software» wird ein Nachtragskredit von CHF 12'000.00 genehmigt.

- 4.13 Zu Lasten ER 2023, Konto 5726.3130.20 «Telefonie» wird ein Nachtragskredit von CHF 600.00 genehmigt.
- 4.14 Zu Lasten Budget 2024, Konto 5726.3130.20 «Telefonie» werden CHF 600.00 aufgenommen.
- 4.15 Zu Lasten ER 2023, Konto 5726.3133.00 «Informatik Nutzungsaufwand» wird ein Nachtragskredit von CHF 500.00 genehmigt.
- 4.16 Zu Lasten Budget 2024, Konto 5726.3133.00 «Informatik Nutzungsaufwand» werden CHF 500.00 aufgenommen.
- 4.17 Zu Lasten ER 2023, Konto 5726.3158.00 «Unterhalt Software» wird ein Nachtragskredit von CHF 2'000.00 genehmigt.
- 4.18 Zu Lasten Budget 2024, Konto 5723.3158.00 «Unterhalt Software» werden CHF 2'000.00 aufgenommen

Vollzug: SDOL, PA, FV, Informatik

SDOL
PA
FV
Informatik

0.2.2 / acs

Interpellation Richard Aschberger (SVP): Fragen zu Informatikpanne und Digitalisierung Stadt Grenchen: Beantwortung

Vorlage: KZL/28.04.2023

- 1 Mit Datum vom 4. April 2023 reichte Richard Aschberger (SVP) folgende Interpellation
1 Mit Datum vom 4. April 2023 reichte Richard Aschberger (SVP) folgende Interpellation ein:

Betreffend den partiellen Informatikausfall vor kurzem stellen sich einige Fragen - auch grundsätzlicher Natur - betreffend Informatik/Digitalisierung der Stadt Grenchen:

- *Was war der Auslöser der Informatikpanne?*
- *Welche Abteilungen waren betroffen und konkret in welchem Ausmass, was für Daten gingen verloren?*
- *Weshalb haben Sicherungssysteme/Backups und/oder Cloudlösungen versagt?*
- *Hat die Grenchen eine Digitalisierungsstrategie für die nächsten Jahre mit Grundsatzentscheidungen (bspw. alles in die Cloud, «once only» etc.)?*
- *Falls kein Grundsatzpapier hierzu besteht, ist ein solches geplant und bis wann?*
- *Wie eng ist die Stadt Grenchen in Kontakt mit dem Kanton und auch dem Bund in Punkto Informatik/Digitalisierung betreffend Programme und Schnittstellen für in den nächsten Jahren?*
- *Ist die Stadt Grenchen mit dem Kanton allenfalls an einem Pilotprojekt in einem bestimmten Bereich der Digitalisierung tätig oder wäre dafür offen?*

2 Beantwortung

- 2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation von der Finanzverwaltung in Koordination mit der Informatik und der Stadtschreiberin beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stim-menden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3 Begründung

- 3.1 Thomas Herren, Leiter Informatik, ergänzt, dass im Massnahmenplan Kompass 2.0 (Periode 2023-2024) in den Begleitmassnahmen der Auftrag 4b aufgenommen wurde: «*Laufende Optimierung unserer Dienstleistungen, abgestimmt mit der Digitalisierungsstrategie des Kantons*». Eine Massnahme zur Zielerreichung ist, per 2024 eine Stelle Chief Digital Officer zu schaffen. Das ist zu begrüessen. Der CDO könnte eine detaillierte Strategie ausarbeiten.
- 3.1.1 Gemäss François Scheidegger hat der Gemeinderat den Kompass 2.0 am 16. Mai 2023 verabschiedet. Die Digitalisierung ist ein wichtiges Thema, das man ernst nehmen muss. Man wird zu gegebener Zeit mit Anträgen kommen.
- 3.2 Gemeinderat Richard Aschberger freuen diese Aussagen. Man will einen Informatikbeirat einsetzen, die digitale Transformation in der Verwaltung vorantreiben etc. Die Projekte und Wünsche nehmen langsam einen riesigen Umfang an. Deshalb sollte man langsam vorwärts machen. Er stellt fest, dass man recht unterdotiert ist. Das war ein Warnschuss. SDOL ist ein relativ grosser Bereich, Wenn plötzliche Zahlungsläufe blockiert sind, haben SDOL Probleme, weil Gelder nicht überwiesen werden können. Hätte er nicht im Gemeinderat vom 14. März 2023 unter Verschiedenem nachgefragt, wüsste niemand im Gemeinderat vom Ausfall des Rechenzentrums. Sollte es nochmals einen solchen Vorfall geben, bittet er die Verwaltung, aktiv und zeitnah zu kommunizieren. Es kann auch nur ein Zweizeiler sein. Er dankt für die Beantwortung der Fragen und erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.
- 3.3 François Scheidegger meint, dass die Verwaltung ihre Lehren aus dem Vorfall gezogen hat. Er wartet auf den Bericht «Informatik und digitale Transformation» der Geschäftsprüfungskommission. Dann ist noch die 2. Lesung «Einsetzung eines Informatikbeirats» ausstehend (geplant für Gemeinderatssitzung vom 29. August 2023).
- 4 Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

FV
Informatik

0.5.5 / acs

Revision der Ortsplanung: Zusatzkredit

Vorlage: BAPLUKB 12/27.03.2023

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemäss Vize-Stadtpräsident Remo Bill hat Aquil Briggen in seinem Votum den Stand der Ortsplanung erläutert und erklärt, wieso ein Zusatzkredit notwendig ist. In der übersichtlichen Vorlage wird im Detail dargestellt, wie die Terminalsituation und die Kostenübersicht der Ortsplanrevision der Stadt Grenchen aktuell aussehen. Da kann man nur festhalten, dass die Ortsplanrevision in der Stadt Grenchen auf «Kurs» ist. Die SP-Fraktion dankt den Verantwortlichen für die konstruktive Arbeit und wird dem Zusatzkredit zu stimmen.
- 2.2 Wie Gemeinderat Tobias Neuhaus ausführt, dankt die Mitte-Fraktion Aquil Briggen für die Kenntnissetzung der Ortsplanungsrevision und stimmt den Anträgen zu. Gerne hätten sie gewusst, ob die bereits geleistete Arbeit der Baudirektion auch in den Projektkosten enthalten sind. Wenn nein, würde sie gerne wissen, auf wieviel sich die „Inhouse geleisteten Kosten“ belaufen haben. Dies ganz im Sinne der Kostentransparenz durch eine Vollkostenrechnung.
- 2.3 Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Marc Willemin, stellt sich hinter die Arbeit der Baudirektion und kann die Begründung für den Zusatzkredit nachvollziehen. Es wurden bereits einige Hürden genommen, aber es gibt noch einige Hürden mehr zu überwinden. Die SVP ist für die Fortsetzung der Ortsplanungsrevision, wird den Zusatzkredit gutheissen und dankt der Baudirektion für ihre Arbeit.
- 2.4 Gemeinderat Robert Gerber erklärt, dass die FDP-Fraktion für die Vorlage dankt. Es wurde einiges gemacht. Die FDP ist guten Mutes, dass es irgendeinmal in den nächsten Jahren einen Abschluss bei der Ortsplanung gibt, und wird dem Zusatzkredit zustimmen.
- 2.5 Gemeinderat Patrick Crausaz dankt der Baudirektion für ihre Arbeit im Rahmen der Ortsplanungsrevision. Für Einspracheverfahren wird mit einem Aufwand von CHF 100'000.00 gerechnet. Das sind Arbeiten, die nicht so angenehm sind, aber dennoch geleistet werden müssen. Die glp stimmt den Anträgen ebenfalls zu.

- 2.6 Gemäss Aquil Briggen wurden die Baudirektion-internen Stunden nicht erhoben. Es ist hauptsächlich der Stadtplaner, der an der Ortsplanungsrevision arbeitet (über alles gesehen ca. 20 bis 40 %, vielleicht sogar mehr). Im Moment sind es null Prozent, weil er auf die Antwort des Kantons wartet. Es gibt auch noch die Assistentin des Stadtplaners, die schätzungsweise 10 bis 30 % dafür aufwendet.
- 2.7 Die internen Kosten, so François Scheidegger, vergisst man gerne, aber sie sind nicht zu vernachlässigen (sicher ein sechsstelliger Betrag). Betreffend Einsprachen ist das Ziel ist, sich zu einigen. Das ist immer der günstigste und kürzeste Weg. Man möchte einen Weiterzug an höhere Instanzen möglichst vermeiden. Es wäre schön, wenn man die Ortsplanungsrevision in dieser Legislaturperiode abschliessen könnte.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Vom Stand der Ortsplanungsrevision wird Kenntnis genommen
- 4.2 Zu Lasten IR 7900.5290.00 „Ortsplanungsrevision“ wird Zusatzkredit von CHF 200'000.00 genehmigt.

Vollzug: BD

BD (SBM, PL, GK)
FV

7.9.1 / acs

Postulat Remo Bill (SP): Photovoltaikanlage auf den Dächern des Haldenschulhauses und des Eichholzschulhauses: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/17.03.2023

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde das Postulat von der Baudirektion in Koordination mit der SWG und der Stadtschreiberin schriftlich beantwortet.

1.2 Vize-Stadtpräsident Remo dankt der Baudirektion für die gute Aufnahme seines Vorstosses. Der nächste Winter kommt bestimmt und auch die Unsicherheit wegen einer möglichen Strommangellage. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und Deblockierung der Verfahren ist entscheidend, um die klima- und energiepolitischen Ziele zu erreichen. Eine Solarinstallation auf diesen gegen Süden optimal ausgerichteten Dachflächen beim Halden- und Eichholzschulhaus nicht zu nutzen, wäre eine «planerische Sünde». Mit dem Bau dieser zwei Solaranlagen beim Halden- und Eichholzschulhaus wären zwei weitere Schritte für das Fernziel, das Erreichen des Energiestadt Gold-Labels, getan. Demnächst wird im Kantonsrat ein Auftrag der Fraktion FDP.Die Liberalen behandelt, der vorsieht, dass für Photovoltaikanlagen innerhalb kommunaler Schutzzonen statt Baubewilligungs- nur noch Meldeverfahren nötig sind. Er wird sich im Kantonsrat für die Erheblicherklärung des Auftrages einsetzen. Er bittet den Rat, sein Postulat erheblich zu erklären.

2 Eintreten

Eintreten ist obligatorisch.

3 Diskussion

3.1 Wie Gemeinderätin Nicole Arnold ausführt, wurde im Jahr 2017 über das Energiegesetz abgestimmt. Ziel war es, den Energieverbrauch zu senken. Verschiedene Faktoren und vor allem Konflikte und Abhängigkeiten, die durch den Ukraine-Krieg entstanden sind, haben aufgezeigt, dass man abhängig ist. Fast panisch hat der Bundesrat von Versorgungsengpässen gesprochen und die Bevölkerung zum Sparen aufgerufen mit dem Endresultat, dass man sozusagen nichts gespart hat. Die SVP-Fraktion unterstützt die Idee, erneuerbare Energien zu nutzen. Sie möchte vor allem, dass man diese längerfristig selbst produziert, um unabhängig vom Ausland werden. Sie betont nochmals, wie wichtig es ist, den Energieverbrauch zu senken. Sie erlaubt sich deshalb zu hinterfragen, warum in der Stadt E-Trottinets fahren.

Elektronische Plakatstelen und elektrobetriebenen Rasenmäher tragen nichts zum Sparen bei, sind aber ein Beitrag zur Digitalisierung. Die SVP-Fraktion wird das Postulat erheblich erklären. Es ist ihr aber wichtig, dass man das Ziel vom Sparen nicht aus den Augen verliert.

- 3.2 Gemäss Gemeinderat Tobias Neuhaus steht die Mitte-Fraktion für eine progressive Energiewende ein und erklärt das Postulat von Remo Bill somit erheblich. Die Stadt nimmt ihre Vorbildrolle ein. Weiter so!
- 3.3 Andreas Dysli, Ersatz- Gemeinderat, führt aus, dass die FDP-Fraktion für die Erheblicherklärung des Postulats stimmen wird. Man muss sich aber bewusst sein, dass Solaranlagen auf Dächern in der Region den grössten Teil des Stroms im Sommerhalbjahr produzieren und nur einen kleineren Teil im Winterhalbjahr, wo die Region oft unter einer Nebeldecke liegt. Was wurde mit der SWG koordiniert?
- 3.3.1 Laut Stadtbaumeister Aquil Briggen wurde die Vorlage mit der SWG besprochen. Bei Erheblicherklärung des Postulats wird man es dann im Detail mit der SWG abklären.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Postulat wird erheblich erklärt.

Vollzug: BD, SWG

BD
SWG

8.7 / acs

Interpellation Fraktion Die Mitte: Bessere Strom- und Wasserversorgung auf dem Marktplatz: Beantwortung

Vorlage: KZL/27.04.2023

- 1 Mit Datum vom 4. April 2023 reichte die Mitte-Fraktion folgende Interpellation ein (Erstunterzeichner Tobias Neuhaus):

Es besteht ein Projekt aus dem Jahr 2019, bei dem die SWG in Verbindung mit der Baudirektion den Marktplatz für Anlässe besser mit Strom versorgen will.

Dabei sollen anstelle von temporären Elektroanschlüssen praktischere stationäre Elektrizitäts-Anschlussmöglichkeiten aller Art entstehen.

Dieses sehr wichtige Projekt erachten wir als äusserst wertvoll und unerlässlich, um das Überleben von Anlässen in der Stadt Grenchen auf dem Marktplatz zu sichern. Nebst dem personellen Ressourcenproblem haben die Veranstalter von Festivitäten (Rock am Märetplatz, Grenchnerfest, Chürbisnacht, Weihnachtsmarkt u.a.) vermehrt mit erhöhten Rahmenbedingungen zu kämpfen. Daher ist es uns ein besonderes und dringendes Anliegen, dort wo eine hohe Belastung besteht, den Aufwand zu reduzieren.

Eine einfachere sowie eine durch weniger Aufwand verbundene Lösung zur besseren Stromversorgung auf dem Marktplatz dient somit den Veranstaltern und macht den Marktplatz für Anlässe organisatorisch sowie planerisch attraktiver. Dies betrifft auch den Wochenmarkt - weitere Möglichkeiten sehen wir zudem in einer besseren Wasserversorgung mit Sanitären-Anlagen, den auch in diesem Bereich gilt es die Veranstalter zu entlasten und aktive kulturelle Aktivitäten bestmöglich zu fördern.

Daher stellen wir folgende Fragen an den Stadtpräsidenten:

1. *Wie sieht das Konzept «Bessere Stromversorgung auf dem Markplatz» aus?*
2. *Warum ist das Projekt aus dem Jahr 2019 nicht vorwärts gegangen?*
3. *In welcher Phase steht das Projekt zurzeit?*
4. *Was kostet das Projekt und wie sind die Kosten aufgeteilt?*
5. *Wann ist das Projekt fertiggestellt?*
6. *Ist zum Thema «Bessere Wasserversorgung auf dem Markplatz» ebenfalls etwas geplant?*
 - *Wenn ja, wie sieht diese Planung mit möglichem Konzept aus?*
 - *Wenn nein, weshalb nicht?*

2 Beantwortung

- 2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation von der Baudirektion in Koordination mit der SWG, der Standortförderung und der Stadtschreiberin beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3 Begründung

- 3.1 Als Erstunterzeichner im Namen der Mitte-Fraktion, so Gemeinderat Tobias Neuhaus, dankt er der Stadt sowie der SWG für die sach- und fachgemässe Beantwortung der Fragen zum Konzept «Stromversorgung Marktplatz». Es ist gut zu wissen, dass es in dieser Sache vorwärts geht und der Abschluss des Projektes auf Ende dieses Jahres vollzogen wird. Die Mitte bleibt weiterhin wachsam und wird dort, wo sie etwas bewirken kann, die Rahmenbedingungen für Veranstalter auf dem Marktplatz weiter optimieren. Die Mitte setzt sich für die kulturelle Förderung von Anlässen sowie eine pulsierende Innenstadt auf und um den Marktplatz mit lokalem Gewerbe stark ein und wird weitere Vorstösse diesbezüglich einreichen. Er erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.
- 4 Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

BD
SWG
SF

6.2.1 / acs

Gemeindeordnung: Diverse Änderungen (Polizeiinspektorat, IKS, Aufsichtsanzeige, Disziplinarrecht etc.): 2. Lesung

Vorlage: KZL/25.05.2023

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtschreiberin Luzia Meister fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

Eintreten wurde bereits am 4. April 2023 beschlossen (GRB 2017).

3 Detailberatung

3.1 § 60 a (Standortmarketing & Kultur)

3.1.1 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno verweist auf das gedruckte Kulturleitbild der Stadt Grenchen, wo auf Seite 10, Ziff. 3.4 unter «Grundlagen» steht, dass Kultur, Sport und Freizeit der Stadtkanzlei für die öffentliche Kulturförderung und Kulturvermittlung in der Verwaltung zuständig ist (GO § 60bis). Wenn man § 60a hier streicht, ist dann das, was im Kulturleitbild steht, nichtig?

3.1.2 Gemäss Luzia Meister geht es hier um die Streichung eines Paragraphen in der Gemeindeordnung. Was im Kulturleitbild steht, ist selbstverständlich nicht nichtig. Sie war erstaunt, dass es in der gedruckten Version drinsteht, weil die SP diese Frage auch gestellt hat. Sie selbst hat die Verantwortlichen des Kulturleitbildes noch darauf hingewiesen, den Hinweis in Ziff. 3.4 im Zusammenhang mit der GO-Änderung zu streichen. Leider wurde das Dokument herausgegeben, ohne dass es die Stadtkanzlei nochmals gesehen hätte. Vielleicht war es auch ein Kommunikationsfehler, aber das tut dem Kulturleitbild überhaupt keinen Abbruch. Auch wenn man nie so einen Paragraphen gehabt hätte, wäre selbstverständlich der Gemeinderat zuständig, so ein Kulturleitbild zu verabschieden. Jetzt hat man einen Verweis, der ins Leere führt. Sie hat die Aufhebung von § 60a vorgeschlagen, weil man hier in einer Detailtiefe ist, die keine andere Gemeinde hat. Olten regelt keine einzige Verwaltungsstelle in der Gemeindeordnung. Auch Solothurn hat viel weniger über die Verwaltung in ihrer Gemeindeordnung drin. Bei der Standortförderung hat man diese singuläre Regelung, weil diese nachträglich eingefügt wurde. Auch bei der Wirtschaftsförderung wäre es nicht notwendig gewesen, diese in der Gemeindeordnung festzuschreiben (§ 68).

Man muss sich einmal überlegen, dass die Bereiche Standortförderung und Wirtschaftsförderung 1.5 Vollzeitmitarbeitende umfassen. Das steht in keinem Verhältnis. Man hat Abteilungen und Bereiche, die viel grösser und mit keinem Wort in der Gemeindeordnung erwähnt sind. Deswegen existieren sie trotzdem. Sie existieren zu Recht, weil sie der Gemeinderat geschaffen hat.

- 3.1.3 Das Problem bei solchen Regelungen ist, so François Scheidegger, dass man für jede Änderung in die Gemeindeversammlung gehen muss. Man sollte auf GV-Stufe nur grundsätzliche Sachen regeln. Es gibt aber auch hier Grauzonen. Manchmal ist mit einer Festsetzung in der Gemeindeordnung ein politisches Commitment verbunden.
- 3.2 § 60 (Standkanzlei)
- 3.2.1 Die Geschäftsprüfungskommission, so Luzia Meister, darauf hingewiesen, dass die Einwohnerkontrolle nach § 60 Abs. 1 immer noch der Stadtkanzlei unterstellt ist, obwohl sie vor Jahren der Finanzverwaltung unterstellt wurde und heute neu dem Polizeiinspektorat unterstellt ist. Sie hat deshalb angeregt, anlässlich der 2. Lesung § 60 Absatz 1 anzupassen und den Begriff Einwohnerkontrolle zu streichen.
Nach Auffassung von Luzia Meister sind die Organisation der Stabsdienste und der Stadtkanzlei und die Formulierungen von § 59f generell zu überdenken; nicht nur bezüglich Einwohnerkontrolle. Das soll mit Blick auf die Pensionierungen des Projektleiters Standortförderung und der Stadtschreiberin vertieft diskutiert und dann angepasst werden. Man müsste eine Form finden, dass nicht immer die Gemeindeversammlung befragt werden muss.
- 3.3 Anträge und Beschlussesentwurf
- 3.3.1 Gemäss Luzia Meister ist Ziff. 4.2.2 wie folgt abzuändern: «Die Änderungen treten *am 20. Juni 2023* in Kraft (vorbehältlich der Genehmigung durch das Volkswirtschaftsdepartement).»

Es ergeht einstimmig folgender

- 4 Beschluss
- 4.1 Wo in Grenchner Reglementen die Stadtpolizei als zuständige Stelle genannt ist, ist seit 1. Januar 2023 die Nachfolgeorganisation Polizeiinspektorat zuständig.
- 4.2 Der Gemeindeversammlung wird Folgendes zum Beschluss vorgelegt:
 - 4.2.1 Die Änderungen der Gemeindeordnung betreffend die Polizeiinspektorat, IKS, etc. gemäss Synopsis werden genehmigt.
 - 4.2.2 Die Änderungen treten am 20. Juni 2023 in Kraft (vorbehältlich der Genehmigung durch das Volkswirtschaftsdepartement).

Vollzug: KZL

GV
GR
Stadtschreiberin

0.1.0.0 / acs

Regionalflugplatz Jura-Grenchen AG (RFP): Vertretung Stadt Grenchen: Wahl zweier Vertreter

Vorlage: KZL/24.05.2023

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger fasst die Vorlage kurz zusammen.
- 1.2 Gemeinderat Richard Aschberger, Vertreter der Stadt im Verwaltungsrat der RFP, gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Andreas Dysli, Ersatz-Gemeinderat, erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Wahlvorschlag zustimmen wird. Man sieht die Kompetenzen, die gefordert sind und mit den zwei Kandidaten abgedeckt werden. Er erinnert daran, mit der Leistungsvereinbarung vorwärtszumachen. Die RFP muss sich jetzt neu organisieren, neu ausrichten und stabilisieren. Daher wäre jetzt der richtige Zeitpunkt, die Leistungsvereinbarung zum Abschluss zu bringen. Dann hat man stadtseitig einen sauberen Rahmen.
- 2.2 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno pflichtet seinem Vorredner bei. So muss es in Zukunft laufen, wenn man Verwaltungsratssitze besetzen will. Die Leute müssen hineinpassen und die erforderlichen Kompetenzen mitbringen. Für die Mitte-Fraktion ist wichtig, dass es zwei Grenchner sind, die sich engagieren oder engagiert haben. Sie schenkt ihnen das Vertrauen und wird sie wählen.
- 2.3 Wie Gemeinderat Marc Willemin ausführt, sind die vorgeschlagenen Kandidaten aus Sicht der SVP die richtigen und entsprechen dem Anforderungsprofil. Sie wird die beiden Kandidaten unterstützen.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 François Scheidegger schlägt vor, einzeln über die Anträge abzustimmen:
 - Ziff. 4.1 wird einstimmig gutgeheissen.
 - Ziff. 4.2 wird einstimmig gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

- 4.1 Andreas Kummer, Gibelstrasse 69, 2540 Grenchen, wird für den Rest der Amtsperiode 2021-2025 als Vertreter der Stadt Grenchen im Verwaltungsrat der Regionalflugplatz Jura-Grenchen AG bezeichnet.
- 4.2 Simon Cattin, Allmendstrasse 102b, 2540 Grenchen, wird für den Rest der Amtsperiode 2021-2025 als Vertreter der Stadt Grenchen im Verwaltungsrat der Regionalflugplatz Jura-Grenchen AG bezeichnet.

Zu eröffnen an: - Andreas Kummer, Gibelstrasse 69, 2540 Grenchen
- Simon Cattin, Allmendstrasse 102b, 2540 Grenchen
- Regionalflugplatz Jura-Grenchen AG, Flughafenstrasse 117, 2540 Grenchen

Vollzug: KZL (Eröffnungen), Stadtpräsidium (Vereidigungen)

KZL (Behördenverzeichnis)
Stadtpräsidium

6.7 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

1 Ausflug 2023 der Bundeshausfraktion FDP

- 1.1 Laut Stadtpräsident François Scheidegger findet am 7. Juni 2023 der diesjährige Fraktionsausflug der FDP in Grenchen statt. Es werden 150 Personen aus der FDP erwartet (Nationalräte, Ständeräte, Bundesrat und Bundesrichter). Sie werden gruppenweise die Firmen Ypsotec/Vereinigte Pignonfabriken, Tschudin/ThommenMedical, Rolf Hänggi/BMC besichtigen. Danach begeben sich die Gäste auf den Flughafen, wo ein Apéro ausgerichtet wird und eine Flugvorführung Classic Air (Hugo Mathys) stattfindet.

2 F/A-18 Swiss Hornet Solo Display

- 2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger werden im Luftraum des Airports Grenchen am Freitag, 9. Juni 2023, zwei geplante Trainingsflüge durch das F/A-18 Swiss Hornet Solo Display stattfinden. Die zwei Trainingsflüge finden zwischen 11.05 und 11.15 Uhr sowie zwischen 13.45 und 13.55 Uhr statt.